IPG

AUS DEM NETZ 14.09.2015 | Gero Maaß

Nicht tragbar

Die rechtskonservative dänische Regierung warnt potentielle Flüchtlinge mit Anzeigenkampagne.

In den letzten Tagen konnten die Libanesen Anzeigen von der dänischen Regierung in vier nationalen Zeitungen und in den libanesischen sozialen Medien lesen, in denen die dänische Regierung auf die veränderte Situation für Asylsuchende in Dänemark aufmerksam macht.

Die Anzeigen beschreiben, dass die Sozialmaßnahmen für Neuankömmlinge um bis zu 50 Prozent gekürzt wurden. Weiter steht zu lesen, dass es erst nach fünf Jahren möglich sei, einen Daueraufenthalt zu bekommen, während die Möglichkeiten für einen Familiennachzug stark beschränkt ist. Darüber hinaus wird in der Anzeige jenen, deren Anträge abgelehnt werden, eine schnelle Abschiebung angedroht; die Sprachanforderungen für einen Daueraufenthalt wurden verschärft.

Mit dieser Anzeigenkampagne in den potentiellen Flüchtlingsländern hat die konservative Ministerin für Einwanderung, Integration und Wohnen Inger Støjberg für eine große Debatte gesorgt. Dass gerade libanesische Medien als Startschuss für die Aktion ausgewählt wurden, liegt vor allem daran, dass sie eine Leserschaft im ganzen nahöstlichen Raum haben sollen. Støjberg wollte die Anzeigen auch in türkischen Medien schalten, da die Türkei als wichtiges Transitland gesehen wird. Die großen türkischen Zeitungen lehnten indes dankend ab, da sie den Tenor des Textes als nicht tragbar einstuften.



Gero Maaß
Madrid

Dr. Gero Maaß leitet seit 2016 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid. Davor leitete er das Büro der FES in Stockholm, die Referate Internationale Politikanalyse und Westliche Industrieländer in Berlin sowie die Büros London und Paris.

3 LESERBRIEFE

Der Holthausener schrieb am 21.09.2015

Das sollte unsere Regierung auch mal in Angriff nehmen.

Hr.Mocca schrieb am 27.09.2015

Nach meinem jetzigen Kenntnisstand ist Dänemark eine Demokratie, oder? Ihr Land, ihre Regeln.

Dennis Dowe schrieb am 28.09.2015

Die Schlauen haben es erkannt, sie sorgen für ihre Zukunft.
Deutschland hat seine Politiker und wird von denen abgeschafft.
Und wie haben sie alle, Politiker, Moralisten und Weltverbesserer, auf Sarrazin rumgehakt.